

Medienmitteilung vom 31. März 2011

Wo bleibt die Einsicht?

Standortbestimmung und Ausblick der BKW

Die Grünen sind über die Standortbestimmung der BKW (Medienmitteilung von Mittwoch Morgen) enttäuscht. Die in Aussicht gestellten Fragestellungen und strategischen Abklärungen (neue Gaskraftwerke, Staumauererhöhung, „sicherere Kernkraft-Technologien“) lassen keine Einsicht, sondern primär Ignoranz gegenüber den veränderten gesellschaftlich-politischen Verhältnissen erkennen. Unternehmerische Weitsicht ist keine zu erkennen. Die Grünen verlangen, dass die Politik dem Unternehmen nun Vorgaben macht.

Die Grünen können nachvollziehen, dass es nicht möglich ist, in 14 Tagen die Welt neu zu erfinden. Allerdings ist die Stellungnahme der BKW von heute morgen auch vor diesem Hintergrund nicht nur enttäuschend, sondern anmassend und arrogant.

Als absolut inakzeptabel erachten die Grünen, dass die BKW trotz dem massiv verschobenen Koordinatensystem in der Energiepolitik ganz offen in Erwägung zu ziehen, auf „weiterentwickelte, sicherere Kernkraft-Technologien“ zu setzen. Das Desaster in Japan zeigt gerade auf, dass sich die Risiken der Atomtechnologie auch in einem hochentwickelten Land wie Japan in einem Krisenfall nicht mehr beherrschen lassen. Die Kommunikation der BKW ist auch anmassend gegenüber der Politik, welche in den letzten vierzehn Tagen klar zu verstehen gegeben hat, dass der Bau neuer Atomkraftwerke kaum mehr in Frage kommt. Unabdingbar und zeitlich dringend ist die engagierte Förderung dezentraler, nachhaltiger Projekte, insbesondere im Bereich der Photovoltaik. Dies wird von der BKW gemäss der Medienmitteilung aber offensichtlich nicht einmal richtig in Erwägung gezogen.

Die angestrebte Strategie der BKW führt auch volks- und betriebswirtschaftlich in eine Sackgasse. Statt sich den neuen Herausforderungen zu stellen und die Unternehmensstrategie darauf auszurichten, orientiert sich die BKW an den Rezepten der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts.

Die Grünen erwarten deshalb, dass nun der Kanton Bern als Mehrheitsaktionär seine Verantwortung wahr nimmt und Leitlinien für die Unternehmensstrategie vorgibt. Es ist höchste Zeit, dass in der Schweiz die Politik den Energiekonzernen die Leitlinien für die künftige Energiepolitik vorgibt, und nicht umgekehrt.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68